

# Basisdemokratisches Bündnis

*fragend schreiten wir voran*



Nr.3

## Zeitdruck hat Folgen ...



**... auch im Studium.**

## Bachelorette: Reform, Umbau oder Abbau?

*Die Umstellung der Studienabschlüsse von Diplom/Magister auf B.A./M.A. schreiten mit großen Schritten voran. An diversen niedersächsischen Unis sind alle Fachbereiche bereits auf die neuen Abschlüsse umgestellt - es gab sogar Provisionen für eine schnelle Umsetzung.*

Die neuen Abschlüsse sollen uns Studierende als notwendige, moderne und zeitgemäße Reformen ver-

kauft werden. Angeblich lassen sich mit dem Bachelorstudiengang von 6 Semestern „wissenschaftliche Grundlagen für eine komplexe berufliche Tätigkeit oder eine wissenschaftliche Laufbahn“ erwerben. Das dieses kaum so sein kann, lässt sich daran erkennen, wie im Zusammenhang der Modulbildung Lerninhalte auf das nötigste zusammengeschrumpft werden. Das Studium wird modularisiert – sprich zunehmend verschult. Es wird Pflichtmodule für die einzelnen Fächer geben, darüber hinaus aber kaum eine Wahlmöglichkeit. Eigene Interessenschwerpunkte werden nur noch innerhalb des schrumpfenden Angebots wahrgenommen werden können. Durch diese Modularisierung wird den Studierenden die Wahlmöglichkeit abgenommen – sie werden wie unmündige Kinder behandelt. Wissenschaftlich bewegen wir uns nur noch innerhalb eines fachlich eng umzirkelten Gartenzauns. Die Studienfreiheit ist nur noch ein formelles Aushängeschild.

## Editorial

*Manches ändert sich nie. Und so beglückt uns wie jedes Jahr auch 2005 der Januar mit den Wahlen zu den Uni-Gremien. Das erscheint manchen nervig, weil überall aufdringliche Menschen mit Werbematerial herumstehen. Andererseits birgt das auch Chancen. Denn das, was in den Gremien (also etwa dem Studierendenparlament oder dem Allgemeinen Studierendenausschuss) passiert, ist nicht unwichtig - ganz im Gegenteil. Dort entscheidet sich zu nicht unerheblichem Maße, ob und was gegen anstehende Kürzungen, Studiengebühren oder die Bachelor/Master-Einführungen getan wird.*

*Darum: nicht vergessen. Zwischen dem 18.1. und dem 21.1.05 ist Uniwahl. Hingehen und "Liste 2" wählen! Das ist nämlich der Listenplatz vom "Basisdemokratischen Bündnis". Ein Gruppe, in dem sich sowohl Personen aus den Gruppen AK Gender, Bündnis gegen Studiengebühren und Basisgruppenliste, als auch aus diversen Basisgruppen und Fachgruppen zusammengefunden haben, um gemeinsam emanzipatorische Politik an der Uni voran zu bringen.*

*Warum ihr uns wählen sollt, versuchen wir euch mit diesem Heft näher zubringen. Der Leit(d)-Artikel „Bachelorette: Reform, Umbau oder Abbau?“ versucht die Brisanz der gerade anstehenden Einführung von neuen Studiengängen (Bachelor/Master) zu umreißen. Mehr über die Zunahme von Geschlechterhierarchien durch diese neue Studienstruktur erfahrt ihr auf Seite 5. Eine Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Demokratievorstellungen, findet ihr auf Seite 3. Was daraus für Konsequenzen für unsere Vorstellung von AStA-Arbeit erwachsen, wird umrissen in dem Artikel „Von den Studierenden und ihrer Vertretung“. Die Notwendigkeit, das, was einem im Wissenschaftsbetrieb und in der Öffentlichkeit als unhintergehbare Wahrheit verkauft wird, zu hinterfragen wird in dem Artikel „Plädoyer für mehr Ideologiekritik an der Uni“ begründet. Außerdem erfahrt ihr, wie der Sozialabbau die Uni erreicht (Seite 4) und wofür wir uns im AStA einsetzen werden (Seite 8).*

*Tipps zum weiterlesen findet ihr wie immer am Rand und wer will, kann sich mit den AutorInnen über die angegebenen Email-Adressen für Diskussion und Nachfragen in Verbindung setzen.*

*Viel Spaß beim Lesen.*

### Inhalt

#### Bachelorette:

Reform, Umbau oder Abbau?.....1

Alles Demokratie oder was?.....3

Die ersten Ein-Euro-Jobs für Akademiker sind eingeführt.....4

Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen verstärkt Geschlechterhierarchien.....5

Plädoyer für mehr Ideologiekritik in der Universität.....6

Von den Studierenden und ihrer Vertretung.....7

Wofür wir uns einsetzen werden.....8



Wolf-Dieter Narr in FORUM Wissenschaft:

☛ **Studienordnung als Erziehungsinstrument**  
<http://www.linksnet.de/artikel.php?id=1389>

Kritik an Bachelor/Master des AStA der TU Berlin:

☛ **Kritik an BA/MA**  
<http://asta.tu-berlin.de/infoline/8mai2003.html>

Die Süddeutschen Zeitung zu BA/MA:

☛ **Eine Kritik an Bachelor Studiengängen**  
<http://www.sueddeutsche.de/jobkarriere/berufstudium/artikel/625/6619/>

Beschreibung der Uni Bielefeld des „konsekutiven Studiums“:

☛ **Was heißt „konsekutiv“?**  
<http://www.zfl.uni-bielefeld.de/bielefelder-modell/studium/faq/allgemeines/konsekutiv.htm>

Diese neue Form soll angeblich eine bessere internationale Vergleichbarkeit bringen und zu einer quantitativen Studienzeitverkürzung beitragen. Es ist die Frage, wie sich diese Vergleichbarkeit umsetzen kann bei derzeit ca. 500 verschiedenen B.A. Systemen innerhalb Europas.

Wer sich die Mühe macht hinter die scheinbar schöne, innovative und moderne Fassade zu schauen, erkennt wirtschaftliche Verwertungsinteressen, an die sich unsere Uni, auch durch die Umwandlung in eine Stiftungsuni, gebunden hat. Folgen dieser vielbeschworbenen Reform werden eine erhöhte Selektivität von Bildung sein, wie auch das Privatisieren von Ausbildungskosten.

### Was passiert an unserer Uni?

Bisher konnte man schon 6 Fächer auf B.A./B.Sc. und Master hier in Göttingen studieren. (Agrarwissenschaften, Angewandte Informatik, Forstwissenschaften und Waldökologie, Geowissenschaften, Internationale Wirtschaft und Accounting). Alle weiteren Fächer sollen jetzt der Umstrukturierung folgen. Schwierig scheint die Modulbildung im Bereich der Sozial-, Geisteswissenschaften zu sein. Wie lassen sich Lehrinhalte, die sich in einem Auseinandersetzungsprozess mit Inhalten erst ergeben, in verwertbaren Modulen umsetzen?

An der Uni herrscht zur Zeit Chaos. Neue Prüfungsordnungen verwirren Studierende wie Lehrende. Wer hat zur Zeit noch einen Durchblick darüber, wie noch auf Magister zu Ende studiert werden kann und welche bisherigen Leistungen anerkannt werden? Was wird für die neuen Lehrmodule anerkannt? Der Magisterabschluss soll sich sozusagen ausschleichen, obwohl immer noch Leute mit einem Magisterstudengang angenommen werden, für die der Lehrplan kaum noch Lehrangebote anbietet. Pflichtmodule überschneiden sich zeitlich – Wahlkomponenten werden kaum angeboten. Der Fachbereich Pädagogik wird derzeit ebenfalls zusammengeschrumpft. Schon letztes Jahr hieß es auf einer VV, dass 80% der derzeitigen Dozenten im kommenden Jahr die Uni verlassen und diese Stellen nicht wieder besetzt werden.

Nimmt das Pädagogische Seminar die Umstrukturierung auf B.A. an, so wird man Pädagogik nur als Moduleinheit innerhalb der Sozialwissenschaften studieren können. Im Fachbereich Ethnologie werden die regionalen

Schwerpunkte von 4 auf 2 reduziert. Wer eine andere Interessenlage hat, muss eben an eine andere Uni gehen. Das nennt man dann Wettbewerb unter den Unis.

Konkrete Umsetzungspläne für die kommenden Monate gibt es für die weiteren Studiengänge wie Lehramt, Bio, Physik, Pädagogik, Sozialwissenschaften u.a.

### Mit der Zwischenprüfung auf den Arbeitsmarkt

Die neuen Bachelorabschlüsse können durchaus mit dem Erreichen der Zwischenprüfung gleichgesetzt werden. Viele Qualifikationen wird man sich in der Zeit nicht erwerben können. Auf einer VV in Pädagogik wurden Befürworter der neuen Prüfungsordnung gefragt, wo sich denn so ein Berufsbild B.A. in Sozialwissenschaften auf dem Arbeitsmarkt einliedert. Welche Qualifikationen werden damit erworben, liegen die erworbenen Fähigkeiten über einem Sozialpädagogen oder darunter? Auf diese Frage konnte keiner der Befürworter eine andere Antwort geben, als dass der Arbeitsmarkt das dann noch sehen müsse, wo sich diese Leute dann unterbringen lassen und dass sie noch keine konkreten Vorstellungen über Berufsprofile diesbezüglich haben. Stimmt Euch so etwas nicht nachdenklich?

Fakt ist, dass der B.A. unter anderem in Geistes- und Sozialwissenschaften wenig brauchbare Qualifikationen mit sich bringt. Schon letztes Jahr haben wir darauf aufmerksam gemacht, dass durch die Umstrukturierung der Studiengänge auf B.A. Abschlüsse neue Fachhochschulabschlüsse geschaffen werden. Am Ende liegen die eigentlichen erworbenen Qualifikationen noch darunter. Es wird Jahre dauern bis Arbeitgeber, wie auch Personalabteilungen, B.A. Absolventen über Qualifikationen einordnen können. Es gibt bisher keinen Überblick über Qualifikationen und welche Kompetenzen sich hinter diesem Abschluss verbergen. Für viele B.A. Absolventen wird der öffentliche Dienst eine Anlaufstelle sein, doch werden sie kaum Zugang zu Positionen im höheren Dienst bekommen. Von der fachlichen Qualifikation liegen FH Absolventen darüber, und auch hier wird man bevorzugt auf Absolventen mit mindestens 8 Semestern Studienzeit zurückgreifen. Mit dieser Umstrukturierung produziert die Uni ganz deutlich Schmalspurabschlüsse mit wenig Qualifikationen, welche aber als berufsqualifizierender Abschluss gewertet werden.



## Masterabschluss, Bafög und Elitebildung

Ein Zweitstudium ist derzeit bereits gebührenpflichtig und kostet 500 Euro pro Semester. Ein Masterabschluss, soweit er eine bestimmte Qualifikation zu Ende bringt, z.B. Lehrer, gilt als konsekutiv und wird vermutlich laut HRG vorerst [6. HRGÄndG 2002b, § 27, Abs. 4.] gebührenfrei bleiben. Es ist Unisache, welche Masterstudiengänge dann der Weiterbildung dienen, also nicht als konsekutive (gestufter) Studiengänge aufgefasst werden. Damit würden diese Masterstudiengänge gebührenpflichtig. Über die Höhe der Gebühren waren Modelle von bis zu 1500 Euro pro Semester im Gespräch. Neben der finanziellen Selektion, durch die nur noch die einen Masterabschluss machen können, die das nötige Kleingeld dafür besitzen, gibt es noch die Übergangs-

prüfung, die es zu bestehen gilt. Auch hier wird nur ein Bestehen in einer Quote von 20-50% angestrebt. Das ist Elitenbildung sondergleichen.

Es ist auch davon auszugehen, dass dieses neu gebildete Klassensystem der Bildung Frauen wieder von höherer Qualifikation abdrängt, dass sich viele mit ihrem B.A. Abschluss zufrieden geben (müssen) und danach mit dem Studium aufhören. Hier wird der Uni Elfenbeinturm wieder männlich und klassenbürgerlich dicht gemacht. (Siehe dazu „Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen verstärkt Geschlechterhierarchien“, S. 5)

Wie sich das Bafög-Amt bei den Umstrukturierungen verhält ist noch unklar. Fakt ist, dass Bafög nur bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss gezahlt werden muss. Somit ist mit einer Ausbildungsförderung vermutlich nach dem 6. Semester Schluss. Der Unterhalt inklusive

Studiengebühren müssen für eine Masterqualifikation selbst aufgebracht werden. Das ist eine weitere Scheibe der altbewährten politischen Salami taktik, wie wir sie ja auch schon von Studiengebühren her kennen. Hier geht es um das Privatisieren von Ausbildungskosten, was in kleinen Häppchen vollzogen wird.

Unter dem Deckmantel der Internationalisierung des Hochschulbetriebes wird mit verheerenden Folgen ein einschneidender Bildungsabbau vorangetrieben. Die zunehmende gesellschaftliche Bedeutung von wissenschaftlicher Qualifikation und komplexer werdender Gesellschaft müsste im Grunde mehr Investitionen im Bildungsbereich und Abbau von Zugangsbarrieren nach sich ziehen. An diesen Kurzstudiengängen und diesem Bildungsabbau gibt es nichts mehr schön zu reden!

[tini-miz@web.de](mailto:tini-miz@web.de)

## Alles Demokratie oder was?

*Neben der „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Fachschaftsmitglieder“ (ADF) und dem „Ring Christlich Demokratischer Studierender“ (RCDS) tritt zur Uni-Wahl in diesem Monat noch eine weitere Gruppe an, die schon in ihrem Namen auf „Demokratie“ anspielt. Nur das es sich diesmal um „Basisdemokratie“ handeln soll. Da stellt sich natürlich die Frage, was das sein soll. Was bitte meinen die damit?*

### Zum Begriffsverständnis

Als „demokratisch“ bezeichnen wir Formen von sozialem Miteinander, bei denen alle Beteiligten möglichst weitgehend in alle Informations-, Diskussions- und Entscheidungsfindungsprozesse eingebunden sind. „Basisdemokratisch“ nennen wir das, weil uns eins dabei wichtig ist: das die Prozesse nicht nur formal „demokratisch“ sind, sondern auch real Menschen die Möglichkeit bieten, sie einzubringen und mitzubestimmen. Es reicht uns nicht, das Studierende einmal im Jahr an die Urne gehen dürfen und danach nicht mehr beachtet werden. Da muss doch mehr drin sein!

### Demokratie und Parlament

Es ist eine gängige Form demokratischer Mitbestimmung, das in einem bestimmten Rhythmus ein Parlament gewählt wird, das dann alle weiteren Entscheidungen in die Wege

leitet. Einige finden, das sei der Weisheit letzter Schluss. Dabei wird oft übersehen, das auch diese Form politischer „Beteiligung“ so seine Grenzen hat:

So wählen wir – auch bei dieser Wahl – mit je einer Stimme eine politische Gruppierung mit all ihren Vor- und Nachteilen. Vielleicht wählen wir eine Gruppe nur wegen einem Punkt, der uns persönlich sehr wichtig ist. Aber im Studierendenparlament (Stupa) wird die Stimme dann (logischerweise) als allgemeine Zustimmung gewertet. Wir teilen einen Blankoscheck aus mit dem die einmal Gewählten so ziemlich alles machen können – auch wenn wir nach einigen Monaten vielleicht total unzufrieden sind mit dem was sie tun. Es muss also möglich sein, auch über diese Stimmabgabe hinaus noch Einfluss auf die Hochschulpolitik nehmen zu können.

Dazu kommt, dass von den Entscheidungen in der Hochschulpolitik (also etwa: tun wir etwas gegen Studiengebühren? Finden wir die neuen

☞ Alex Demirovic: **Demokratisches Selbstverständnis und die Herausforderung von Rechts: Student und Politik in den 90er Jahren.** (Frankfurt 1996)

☞ Alex Demirovic: **Demokratie, Ökologie und ökologische Demokratie: Demokratievorstellungen und -konzepte der Neuen sozialen Bewegungen.** (Frankfurt 1988)

☞ Claudia Bernhard: **Kritik der historischen Demokratie** In: Schwertfisch: Zeitgeist ohne Gräten. (Bremen 1997)

☞ Christoph Spehr: **Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation.**

☞ auch Downloadbar unter: [www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/Preis/rlspreis.pdf](http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/Preis/rlspreis.pdf)

## Die ersten Ein-Euro-Jobs für Akademiker sind eingeführt

Im Zuge der Arbeitsmarktreformen und dem „Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt Harz IV“ werden so genannte Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (übersetzt Ein-Euro-Jobs) eingeführt. Wer sich weigert, diese Stellen anzunehmen kann ab dem 1.1. 2005 damit rechnen, gar keine sozialen Leistungen mehr zu beziehen. Wer die Stellen annimmt, bekommt neben dem ALGII pro Stunde 100 Cent ausgezahlt.

Laut Gesetz können die Arbeitgeber nur dann Ein-Euro-Jobs besetzen, wenn es sich bei diesen um „zusätzliche Arbeitsstellen“ handelt. Diese Regelung kann durch einen einfachen Trick ausgehebelt werden: man definiert einfach weggekürzte oder durch sonstige Gründe frei werdende Stellen zukünftig als „zusätzlich“.

Bis vor kurzem war es allgemein üblich, diese „Reformen“ eher in Verbindung mit Langzeitarbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen zu bringen. Die neusten Nachrichten aus Thüringen zeigen einmal mehr, dass diese „Vogel-Strauß-Politik“ böses Erwachen bringt: An der Universität Erfurt arbeiten momentan die ersten AkademikerInnen für einen Euro pro Stunde.

Ähnliche Szenarien werden sich auf beliebig viele Bereiche ausdehnen; Kindertagesstätten, Pflegeheime, Industrie, Handel... Alles Orte, in denen Menschen unter Zwang für einen Euro die Stunde und mit eingeschränkten Arbeitnehmerrechten arbeiten. Das bedeutet im Klartext: keinen Arbeitsvertrag, keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Urlaub, keine tarifliche Entlohnung, kein Streikrecht, keinen Kündigungsschutz usw.

Wer sich nun noch für die strikte Trennung von Hochschulpolitik und der sogenannten „Allgemeinpolitik“ einsetzt. Jetzt, da der Abbau von allgemeinen sozialen Standards für alle ersichtlich nicht an der Campusgrenze haltmacht, dem/der ist auch nicht mehr zu helfen.

Deshalb: Bildungspolitik ist auch immer Sozialpolitik; wer sich nicht einmischt und schweigt, stimmt zu!

[Katharinawesenick@freenet.de](mailto:Katharinawesenick@freenet.de)

Quelle: ND vom 16.12.2004

BA/MA-Studiengänge toll oder tun wir was dagegen?) nicht alle Studierenden gleichermaßen betroffen sind. Einige können sich die Studiengebühren vielleicht leisten, andere sind schon jetzt mit Nebenjobs, Hausarbeiten und Praktika derartig ausgelastet, das da kein Raum mehr bleibt um 500 bis 1000 Euro im Semester zusätzlich ranzuschaffen. Die Wahl zum Parlament gibt allen den gleichen Einfluss – ungeachtet der Tatsache, das sie real ungleich sind und auch in unterschiedlichem Maße von den Folgen studentischer Politik betroffen sein werden.

### Und dann ist alles viel zu spät

Ein wichtiges Kriterium bei der Beurteilung, ob ein Verfahren als „demokratisch“ gelten kann oder nicht, ist das der so genannten „Rückholbarkeit“. Entscheidungen müssen stets zurückgenommen werden können. Und auch die Folgen dieser Entscheidungen müssen auch im Nachhinein noch korrigierbar sein. Wenn es aber beispielsweise um Reformen von Studiengängen, Kürzungen an Universitäten oder die Einführung von Studiengebühren geht, dann stehen wir vor einem Problem: wenn ein ASTa ein Jahr lang untätig im ASTa-Haus sitzt und sich nicht blicken lässt, dann verstreicht dabei kostbare Zeit. Zeit, die wir brauchen könnten und gebraucht hätten, um unsere Position zu diesem Bildungsschlag deutlich zu machen. Eine solche Entscheidung ist nicht mehr „rückholbar“.

### Bild dir deine Meinung

Häufig verbreitet ist die Ansicht, die Leute würden sich halt eine Meinung bilden und dann entsprechend die Gruppe wählen, die ihre Interessen am Besten vertritt. Dieses Argument ignoriert jedoch völlig, auf welcher Grundlage eine solche Entscheidung getroffen werden muss: Wenn ich bislang noch nichts von den neuen BA/MA-Studiengängen gehört habe und gar nicht weiß, welche Auswirkungen sie auf die Studienbedingungen haben werden, kann ich mich schlechterdings nicht zu ihnen positionieren. Darum ist nicht nur die Entscheidungsfindung (bin ich dagegen oder dafür?) ein wichtiges Moment von Demokratie, sondern auch die Bildung dieser Meinung. Dafür braucht es nicht nur Informationen, sondern auch Diskussionen unter Studierenden. Solange wir nicht über das Streiten, was wir machen wollen, werden wir nicht über drittklassige Lösungen hinauskommen. Streit ist eine Produktivkraft, auch für studentischen Protest.

### Was ist eine „neutrale Information“?

Hochschulgruppen wollen gewählt werden. Entsprechend werden sie die Informationen, die sie in die Studierendenschaft hineinstreuen, auch immer darauf abstimmen, das hinterher möglichst viele Stimmen bei ihnen landen. Wir stehen also vor einem Problem: einerseits läuft ein nicht unerheblicher Teil der Meinungsbildung von Studierenden (zumindest was Hochschulpolitik angeht) über Veröffentlichungen von Hochschulgruppen. Auf der anderen Seite sollen diese Hochschulgruppen dann im Studierendenparlament die Meinungen umsetzen, die sie vorher noch selbst massiv beeinflusst haben. Die Quadratur des Kreises.

### What's left?

Was bleibt also an Kriterien, die wir an basisdemokratische Entscheidungen anlegen müssen? Sie müssen die Meinung der Einzelnen zu den jeweilig anstehenden Punkten berücksichtigen – und dürfen sich nicht an einer abstrakten, einmaligen Stimmabgabe orientieren. Sie müssen mit den tatsächlich unterschiedlichen Interessenslagen der Studierenden umgehen – nur weil die Mehrheit der Studierenden nicht im Rollstuhl sitzt, sind die Belange der RollstuhlfahrerInnen nicht egal. Sie müssen mit der Tatsache umgehen, das Politik nicht stillsteht und gerade dabei ist, die Hochschulen aktiv zu verändern – nichts tun ist da eben auch eine Art, Veränderungen voranzutreiben. Sie müssen Menschen in die Lage versetzen, sich eine Meinung zu bilden und sich darüber mit Anderen auszutauschen. Um dann, nach diesem Austausch, eine Entscheidung fällen zu können.

Bei einer solchen Vielzahl an Herausforderungen für (basis-)demokratische Politik kann es natürlich nicht die eine Methode geben, die immer anzuwenden wäre. Aber sicherlich gibt es viele Fälle, in denen eine Abstimmung im Stupa nicht das non plus ultra ist. Wenn es beispielsweise um Kürzungen an der Uni geht, dann bringt es den Studierenden nicht viel, wenn sich das Stupa dagegen ausspricht. Was es dann braucht, sind Informationsveranstaltungen und Diskussionsmöglichkeiten, die es ihnen ermöglichen, sich ein eigenes Bild von der Sache zu machen. Resolutionen gegen solche Kürzungen könnten dann im Anschluss daran auch mal von einer studentischen Vollversammlung beschlossen werden – und nicht von unter demokratischen Gesichtspunkten mehr als prekär legitimierten ParlamentarierInnen.

[Juli.Bierwirth@web.de](mailto:Juli.Bierwirth@web.de)

**VV** Studierenden Info-Vollversammlung **26.1.**  
zum Thema Studiengebühren am:

# Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen verstärkt Geschlechterhierarchien

Der Bolognaprozess ist eins der zentralen Themen in der derzeitigen Veränderung der Hochschullandschaft. Das Konzept hierzu wurde 1999 in Bologna der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Kernpunkte des Konzepts sind Modularisierung von Studiengängen und die flächendeckende Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen in den beteiligten europäischen Ländern. Während der Bachelor stark an den konkreten Forderungen der Arbeitgebenden orientiert ist, ist erst im Master-Studium eine fachwissenschaftliche Spezialisierung möglich. Diese Möglichkeit sollen aber nach der bisherigen Planung maximal 50% der Studierenden haben. So wird eine Aufteilung der Studierenden in eine große Gruppe von eingeschränkt Qualifizierten und eine kleinere Gruppe der Bildungselite vorangetrieben.

## Risiken und Nebenwirkungen...

Die Aufteilung des Studiums in Bachelor- und Master-Zyklus bringt weitere Risiken und Nachteile mit sich. So besteht für die Studierenden im Master-Zyklus kein Anspruch auf BAföG-Unterstützung, da sie zuvor mit dem Bachelor bereits einen „berufqualifizierenden“ Abschluss erlangt haben. Gerade beim Master-Zyklus ist außerdem mit hohen Studiengebühren zu rechnen. Insbesondere für alle die, die Erziehungsarbeit leisten, bedeuten die Strukturveränderungen eine Erschwerung des Studienverlaufs.

Wer keinen „gradlinigen“ Studienverlauf hat, neben dem Studium arbeiten muss, oder Erziehungs- oder Betreuungsarbeit leistet, wird kaum in den Master-Zyklus eintreten können. Da diese Umstände in unserer Gesellschaft statistisch mehr Frauen als Männer betreffen, bleibt eine zunehmende Geschlechtertrennung zwischen Bachelor- und Master-Abschlüssen nicht aus. Belegt wird dies auch durch Angaben des Statistischen Bundesamts, nach denen im WS 2003/04 etwa 43% der Bachelor-Studierenden Frauen waren, während sich unter den Master-Studierenden nur knapp über dreißig Prozent Frauen befanden. Die Statistik der Abschlüsse spricht noch eine deutlichere Sprache: Obwohl mehr als die Hälfte der Bachelor-Abschlüsse (53,2%) von Frauen erreicht wurden, lag der Frauenanteil bei Masterabschlüssen unter einem Drittel (32,7%). Eine Geschlechterungleichheit im Studium führt auch zu einer ungleichen Verteilung bei den verschiedenen Berufsfeldern. Die Arbeit in höheren Positionen und im akademischen Bereich bleibt damit weiterhin überwiegend Männern vorbehalten.

Ein weiterer Problempunkt ist die erforderliche Beratung und Transparenz bei den Veränderungen. Dies bedeutet vor allem für die Lehrenden im akademischen Mittelbau eine Mehrbelastung, die erfahrungsgemäß vor allem den weiblichen Mitgliedern übertragen wird. Denn während der Frauenanteil bei C4-Professuren unter 9% liegt, ist er im Mittelbau relativ hoch.

## Mobilität?

Der Begriff Mobilität taucht in Texten zum Bologna-Prozess häufig auf. Durch eine Vereinheitlichung des europäischen Bildungssektors sollen Wechsel zwischen verschiedenen Hochschulstandorten vereinfacht werden. Bei der jetzigen Umsetzung, bei der jede Uni die Gestaltung der Bachelor- und Master-Studiengänge selbst unternimmt, ist fraglich, wie weit eine solche Mobilität erreicht werden kann. Viel wichtiger ist aber, dass die soziale Mobilität durch die Straffung und Verschulung des Studienverlaufs weiter eingeschränkt wird. Dass die Durchlässigkeit zwischen gesellschaftlichen Schichten (z.B. Möglichkeiten für ArbeiterInnenkinder und Marginalisierte einen akademischen Weg einzuschlagen) ohnehin schon gering ist, wurde durch zahlreiche Studien belegt. Die Umstellung auf Bachelor und Master wird geografische und soziale Mobilität verhindern statt sie zu fördern.

## Fazit

Insgesamt zeichnet sich ein düsteres Bild für die Geschlechtergerechtigkeit an den Universitäten ab. Hohe Studiengebühren, fehlende finanzielle Förderung und Verschulung des Studiums bedeuten die Einführung von zusätzlichen geschlechtersegregierenden Faktoren, die bestehende Hierarchien zwischen Frauen und Männern noch ausweiten. Für einen gleichberechtigten Zugang zum Studium bedeutet der Bologna-Prozess deshalb eine deutliche Verschlechterung. Die Tendenz der steigenden Schwierigkeit für Frauen, Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen zu erlangen, ist nicht nur auf die Hochschule beschränkt, sondern korrespondiert mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen (siehe auch „Gender-Folgen von Hartz IV“ im „Faksimile“ der Philosophischen Fakultät 2/2004).

*Daher fordern wir:*

Bologna-Prozess stoppen – Die Vielfältigkeit von Lebensentwürfen und Bildungswegen anerkennen!

**<ak gender>**

☛ Studie zum Bologna-Prozess im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung:

<http://www.bolognaprozess-gender.uni-siegen.de/>

☛ Statistisches Bundesamt

<http://www.destatis.de/>

**Geschlechterhierarchien abschaffen.**



**<ak gender>**

☛ AK Gender

<http://www.puk.de/ak-gefo/>

# Plädoyer für mehr Ideologiekritik in der Universität

*Seit einiger Zeit wird von einigen Leuten und Hochschulgruppen an der Uni Göttingen jeder Versuch der Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen von Einzelpersonen oder emanzipatorischen Hochschulgruppen mit dem Argument „das sind doch Ideologien“ abgewehrt. Warum wir dieses Argument nicht gelten lassen können und es auch nicht auf uns beziehen, soll dieser Beitrag verdeutlichen.*

## Was ist Ideologie?

Der Begriff der Ideologie (griech. „idea“= Erscheinung und „logos“= Wort) wird sehr uneinheitlich verwendet. In der Alltagssprache wird unter Ideologie meist eines starres, dogmatisches, realitätsverleugnendes Gedankengebäude verstanden. So gesehen sind ideologische Meinungen solche, die sich nicht selbst kritisch hinterfragen und sich selbst setzen. Andere benutzen das Wort Ideologie allgemein für die Werte und Normen, die jeder Mensch hat, um die Wirklichkeit zu verarbeiten. So gesehen wären wir alle Ideologen.

In den Sozial- und Geisteswissenschaften erschien der Begriff erstmals Ende des 18. Jahrhunderts. Damals hatte er noch eine weitgehend neutrale Bedeutung.

Erst mit der Entwicklung der kritischen Gesellschaftstheorie veränderte sich das Konzept der „Ideologie“. Seitdem bezeichnet „Ideologie“ in der kritischen Gesellschaftstheorie vornehmlich diejenigen Gedankengebäude und Überzeugungen, welche die gesellschaftlichen Schief lagen, Ungleichwertigkeiten, Brutalitäten und Zumutungen rechtfertigen, indem sie als vernünftig dargestellt werden und vor allem als unausweichlich erscheinen.

Ein Beispiel hierfür ist die Idee der „Überbevölkerung“, wegen der es notwendig sein soll, dass immer wieder hunderttausende Menschen an Hunger, Krieg und Seuchen sterben „müssen“. Auf den ersten Blick ein vielleicht einsichtiges Argument, da es naturwissenschaftlich anmutet. Auf den zweiten Blick eine zynische Rechtfertigung für den Tod von Menschen, der aus politischen und wirtschaftlichen Gründen hingenommen wird.

## Was ist Ideologiekritik?

Die SoziologInnen und PhilosophInnen der „Frankfurter Schule“ und deren VordenkerInnen entwickelten in diesem Sinne im 20. Jahrhundert das Konzept der „Ideologiekritik“ als Ant-

wort auf ihre Versuche, die rasante gesellschaftlichen Veränderung im Zuge der Industrialisierung, des Faschismus und der Epoche der Weltkriege zu begreifen. Dabei wurde versucht zu erklären, warum es den jeweiligen Herrschaftssystemen anscheinend so (relativ) bruchlos gelang, die Menschen unter ihre Kontrolle zu bringen, obwohl die Versprechen der Aufklärung von Vernunft, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Fortschritt und Menschenrechten offensichtlich nicht eingelöst wurden. Im Gegenteil, die industrielle Menschenvernichtung in Nazideutschland, Massenelend, Naturzerstörung, all diese Katastrophen zeugten und zeugen nicht von Vernunft und Fortschritt. Angesichts dieser verrückten Situation folgern sie, dass der moderne Mensch anscheinend nur allzu bereit ist, die Herrschaftsverhältnisse, denen er ausgesetzt ist zu akzeptieren und sogar zu bejahen, da sie als vernünftig erscheinen. Dieses „notwendig falsche Bewusstsein“ resultiert aus der zunehmenden Unfähigkeit des Individuums sich den gesellschaftlichen Verhältnissen zu entziehen. Die Erkenntnis über deren historisches 'geworden sein' erscheint dem Individuum als banal und als Zumutung. Denn sie verändert den alltäglichen Druck, den gesellschaftliche Verhältnisse auf die Einzelnen ausüben nicht unmittelbar. So spielt Ideologie bei der Akzeptanz dieser Verhältnisse eine zentrale Rolle, indem sie die Möglichkeit ihrer Veränderung aus dem Bewusstsein streicht. Sie sorgt dafür, dass die Entwicklung neuer Technologien und der „Fortschritt“ der Wissenschaften zu politische Entscheidungen führen, die sich nur noch an selbstgemachten Sachzwängen orientieren und von daher eine ideologische Wirkung ausüben, die zur Verflachung und Verarmung der öffentlichen politischen Diskussion führt (Jürgen Habermas).

Ideologie ist also eine vereinheitlichende Art und Weise zu denken und die Wirklichkeit so zu bewerten und einzuordnen, dass kein Widerspruch mehr möglich scheint. Wenn sie sich in der Gesellschaft durchsetzt wird sie zu einer Macht, die Wirklichkeit zu erschaffen. Nach Terry Eagleton ist Ideologie in der modernen Gesellschaft ein

Mittel zur Stabilisierung von Herrschaftsverhältnissen: Ideologie sorgt dafür, dass ihre Werte und Ideen naturalisiert werden; diese „Naturalisierung“ von Ideen bedeutet, dass die Menschen an bestimmte Ideen so selbstverständlich glauben, als wären es Naturgesetze. Was früher zum Beispiel der Glaube an Gott und den Teufel war, ist heute der Glaube an das sogenannte „Ende der Geschichte“, also die Idee, dass die Marktwirtschaft die einzige Möglichkeit zur gesellschaftlichen Organisierung ist. Außerdem zeichnet Ideologie aus, dass sie konkurrierende Überzeugungen ausschaltet und zensiert. Dies führt auch zu einer Art Selbstzensur: alle Ideen, Infragestellungen und Ziele außerhalb unserer jetzigen Gesellschaft scheinen uns selbst und anderen als abwegig, verrückt und unmachbar.

Eine Möglichkeit, Ideologien zu „entdecken“ ist Ideologie-Kritik. Sie geht davon aus, dass alle gesellschaftlichen Strukturen und Denkweisen (von der Kindererziehung bis zur Wirtschaftsordnung) *geworden*, also historisch entstanden sind. Als solche sind sie veränderbar. Ideologiekritik fragt nach den unausgesprochenen Prämissen und Vorannahmen einer jeder Weltanschauung.

## Was hat das mit der Uni zu tun?

Wenn es wahr ist, dass Wissen momentan zur „Produktivkraft“ wird, dann gilt einmal mehr:

Wissen ist nie neutral. Die Bildung, die wir uns an der Uni aneignen, kann nicht von ihrem späteren Gebrauch, der von ihr gemacht wird, abgetrennt werden. Auch wenn es momentan auch in den Wissenschaften modern ist, sich als ideologiefrei zu präsentieren, gilt es, sich nicht von der Meinung der Mehrheitsgesellschaft irre machen zu lassen, sich nicht einschüchtern zu lassen und sich zu trauen, Widersprüche auszusprechen und die eigene Selbstzensur auszuhebeln, also Ideologiekritik zu üben:

Wem nutzt das Wissen, das wir lernen und produzieren?

Herbert Marcuse:  
**Der eindimensionale Mensch, Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft**  
(München 1994)

Terry Eagleton:  
**Ideologie. Eine Einführung.** (Metzler, Stuttgart/Weimar 1999)

Bund demokratischer WissenschaftlerInnen:  
<http://www.bdwi.de>

Warum sollen wir Universität und Gesellschaft getrennt denken, wo z.B. die Massenmedien, unsere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, die Privatisierungen und künstliche Verknappung von gemeinsamen Gütern unmittelbaren Einfluss auf unser Studium haben?

Zielt das, was wir in der Uni lernen wirklich darauf, uns zu mündigen Menschen zu machen und unsere Möglichkeiten zu erhöhen, die Bedingungen unseres Lebens selbst bestimmen zu können?

Was nützt die verbrieftete Meinungsfreiheit, wenn die öffentlichen Diskussionen immer einseitiger werden und wir uns selbst nicht mehr trauen eine andere Welt auch nur zu denken?

Was ist das für eine Freiheit in der unser Leben von Institutionen abhängt, auf die wir kaum Einfluss haben (Gesundheit, Ausbildungssystem, Sozial- und Finanzverwaltung, Umgang mit den natürlichen Ressourcen usw.)?

Wie kommt es, dass wir heute technisch in der Lage sind, ungeheure Reichtümer zu produzieren, aber dies nur unter der Bedingung, gleichzeitig die Mehrheit der Menschheit von diesen Reichtümern auszuschließen?

Müssen wir uns wirklich damit abfinden, dass unser späterer Berufserfolg nur gelingen kann, wenn wir erfolgreich in Konkurrenz zu unseren KommilitonInnen treten werden?

Warum müssen wir uns auf ein Leben als flexible Arbeitskräfte mit 50-Stunden-Woche einstellen, wo doch die Bedingungen, nur minimal Arbeiten zu müssen, schon längst gegeben sind?

Welche Bedingungen unseres Lebens sind wirklich Naturgesetze, deren Infragestellen und Veränderung sinnlos wären und welche Bedingungen sind von Menschen durch Ideologien gemacht?

Diese Fragen werden von den Wissenschaften immer mehr ignoriert. Dabei müssten sie im Zentrum der Auseinandersetzung stehen, um den sich rasant verändernden Umständen überhaupt wissenschaftlich gerecht werden, sie zu verstehen und ihnen gemeinsame, emanzipatorische Entwürfe entgegensetzen zu können.

Sich diesen und ähnlichen Fragen zu verweigern ist bereits immer die effizienteste Form von Ideologieproduktion gewesen.

[katharinawesenick@freenet.de](mailto:katharinawesenick@freenet.de)

# Von den Studierenden und ihrer Vertretung

*Der AStA, was er ist und was er sein könnte*

Die Studierenden einer Hochschule bilden zusammen die Verfasste Studierendenschaft (VS) einer Hochschule. Mitglied der VS sind alle eingeschriebenen Studis. Mit dem Semesterbeitrag zahlen alle Studis u.a. für die studentische Selbstverwaltung einen kleinen Beitrag.

Die studentische Selbstverwaltung besteht aus zwei Teilbereichen: einerseits sind da die Fachschaften. Diese kümmern sich an ihren Fakultäten um alles, was anliegt und koordinieren ihre Tätigkeiten dann über die Fachschaftsraterversammlung (FSRV). Andererseits gibt es noch das Studierendenparlament (Stupa). Dies wählt wiederum den Allgemeinen Studierenden Ausschuss (AStA). Der AStA vertritt die sozialen und politischen Belange der Studierendenschaft der gesamten Hochschule. Wie er das möglichst umfassend erreichen kann, soll hier beschrieben werden.

Gesetzliche oder sonstige Regelungen geben den Rahmen vor, innerhalb dessen der AStA selbst über seine politischen Ziele und seine Strukturen entscheidet. Welche sinnvoll sind, darüber bestehen unterschiedliche Vorstellungen:

## Studentische Vertretung

Eine Möglichkeit ist, den AStA im wesentlichen als studentische Regierung zu begreifen. In diesem Modell sind die gewählten VertreterInnen hauptsächlich damit befasst, die von ihnen so bezeichneten studentischen Interessen (also das, was sie dafür halten) zu bedienen (also z.B. besseres Mensa-Essen, weniger Gebühren, schönere Hörsaalfarben). Zu diesem Zweck wird z.B. versucht, in Kungelgesprächen für die eigene Klientel "das Beste rauszuholen". Analog zur Bundesregierung sind hier Leute am Start, die – einmal gewählt – nicht oder nur minimal in Kontakt mit dem gemeinen studentischen Wahlvolk stehen. Darüber, ob sie ihr Engagement an der richtigen Stelle und mit den richtigen Forderungen ausüben, herrscht dann entsprechend für gewöhnlich Streit.

Diese Variante der AStA-Politik wird insbesondere gern von Menschen verfolgt, die für sich eine Karriere im politischen Feld erhoffen. Zu erkennen sind diese Leute daran, dass sie viele Ämter und Pöstchen haben, nebenbei oft parteipolitisch aktiv sind und auch sonst ihre Besorgnis für "die Studierendenschaft" äußern, nur um diese dann bevormundend mit ihrer Fürsorge zu geißeln. Dieses Modell finden wir nicht nur ineffizient, sondern auch entmündigend und herrschaftsförmig.

## Was könnte der AStA sein?

Dagegen hätten wir gerne eine andere Form der AStA-Politik. Wir fänden es besser, wenn sie von und für Studierende geplant und von und mit ihnen umgesetzt wird. Insbesondere heißt das: wir wollen einen AStA der Transparenz, der Möglichkeiten zum Mit-

machen und Selbermachen bietet und der seine Ressourcen für Prozesse der studentischen Selbstorganisation zur Verfügung stellt.

Wir wollen einen AStA "von unten" und nicht "von oben". Das bedeutet dann auch, dass herrschaftsförmig vorgehende Initiativen den Arbeitsgrundsätzen dieses AStAs widersprechen. Der AStA soll eine offene Organisations- und Vernetzungsstruktur sein - und zugleich die Verwaltung der studentischen Gelder gewährleisten. Über Entscheidungsprozesse, die im AStA anstehen, muss öffentlich informiert werden. Nur so ist eine breite Einbeziehung der Studierendenschaft möglich.

Konkret bedeutet das z.B. ein regelmäßiges AStA-Plenum, das für alle Interessierten zugänglich ist. Hier könnten alle miteinander planen und überlegen, was sie gestalten wollen und inwiefern sie aktiv werden. Aufgabe des AStA wäre es hier ganz grundsätzlich, Selbstorganisationsprozesse anzustoßen und nahe zu legen.

Die Strukturen des AStA sollen allen zur Verfügung stehen. So können durch die Nutzung von Räumen, Computern oder Druckern Ideen entwickelt und verwirklicht werden. Statt elitärer Selbstbeweihräucherung und Parteienklüngel wollen wir eine Organisierung von unten, die von Studierenden selbst getragen wird. Entsprechend muss der AStA allen zugänglich und für alle ansprechbar sein. Die Zusammenarbeit mit der FSRV und den Fachschaften ist dabei selbstverständlich - ebenso wie die mit anderen Asten. Der AStA darf sich nicht im AStA-Gebäude verstecken, sondern muss an der Uni ebenso präsent sein wie in der Göttinger Öffentlichkeit. Hier kann und soll er emanzipatorische Initiativen und Potentiale unterstützen.

Über diese Vernetzungsstruktur hinaus muss der AStA natürlich auch eine Service-Einrichtung sein. Die Koordination und Unterstützung einer Rechts- und Sozialberatung für Studierende ist selbstverständlich. Sich für Bio-Fleisch in der Mensa und stabile Preise in den Cafeten einzusetzen ist wichtiger Bestand dessen, was im AStA passieren muss.

## Wie könnte er dazu werden?

Wir wollen, dass der AStA sich nicht künstlich beschneidet. Er darf sich nicht ausschließlich auf der Symptomebene mit politischen Geschehnissen beschäftigen und dieses dann als "Hochschulpolitik" verbrämen. Oder im Anschluss daran gar die Frage aufwerfen, welcher Studiengang oder welche Universität am Besten geschlossen werden sollte. Vielmehr wollen wir einen, der generell die Frage stellt, warum eigentlich gekürzt und gespart werden soll. Für die Verwirklichung dieser Hoffnung auf einen starken, integrativen und breit getragenen AStA steht - wen wundert's - das Basisdemokratische Bündnis.

[juli.bierwirth@web.de](mailto:juli.bierwirth@web.de)

## Wofür wir uns einsetzen werden...

*Natürlich wird es mit uns einige Änderungen im AStA geben. Klar, die Rechtsberatung und das Sozialreferat bleiben! Nur werden wir ein Gender-Referat und das Ökoreferat wieder einführen.*

*Aber das ist lang noch nicht alles:*

### → Gegen Studiengebühren

Bildung ist keine Ware, die sich nur diejenigen „kaufen“ dürfen, die sie sich leisten können.

### → Gegen die Einführung von BA/MA-Studiengängen

Hinter der Einführung von Bachelor/Master-Studiengängen steht ein Prozess der Vermarkt-wirtschaftlichung von Bildung. Deren Zurichtung zu einer wirtschaftlich verwertbaren Ware schränkt Wahlmöglichkeiten weiter ein und stützt Bildungsinhalte auf ein Minimum zurück. Bereits bestehende soziale Selektion und Geschlechterunterschiede werden durch BA/MA weiter verstärkt.

### → Gegen die Kürzung von Hilfskraftstellen im Zuge der Hochschulkürzungen.

Tutorien sind wichtig: sie entlasten Studierende und ermöglichen ein sinnvolles Arbeiten anstelle von überfüllten Seminaren.

### → Gegen die eingeführte Chipcard unter den gegebenen Voraussetzungen

Datenschutzrechtliche Bestimmung und damit die Rechte jedes Einzelnen werden mit Füßen getreten!

### → Keine Bevorzugung von Lehrenden bei der Bücherausleihe

In vielen Bibliotheken können sich Lehrende Bücher auch dann ausleihen, wenn es für Studierende nicht möglich ist. Letztere stehen dann dumm da müssen sich nach Alternativen umsehen. Wir fordern: Gleichberechtigung auf allen Ebenen!

### → Keine 1-Euro-Jobs an der Uni

...beim Studiwerk, in der SUB oder beim AStA. 1-Euro-Jobs sind letztlich Zwangsarbeit und dienen lediglich dazu, trotz Kürzungen alle Leistungen aufrechterhalten zu können. Dazu sagen wir: Nein! Wer funktionstüchtige Unis will, soll dafür Gelder lockermachen. Egal ob in der Bundes- oder in der Landesregierung.

### → Studentische Seminare fördern!

Früher war es Gang und Gäbe, das auch Studierende sogenannte autonome ("unabhängige") Seminare angeboten haben. So können Themen in die Hochschule getragen werden, die Lehrende von sich aus nicht aufgreifen wollen.

### → Öko-Referat im AStA

wer sollte sich sonst um die Einführung von fairem Kaffee und Ökofleisch in der Mensa kümmern?

### → Fairer Kaffee in den Mensen

Die Bedingungen, unter denen Kaffee angebaut wird, sind in aller Regel derartig mies, das die KaffeebäuerInnen froh sein können, am Leben zu bleiben. Der "Faire Handel" hat es sich zum Ziel gesetzt, die Entlohnung für Kaffee an dem zu orientieren, was zu seiner Produktion tatsächlich notwendig sind - auch wenn die Weltmarktpreise darunter liegen. Wir fordern daher, auch in den Mensen fairen Kaffee anzubieten.

### → Ökofleisch in den Mensen

Wer jemals einen Film über Massentierhaltung gesehen hat, kriegt ohnehin kein Massenfleisch mehr runter. Wer nicht weiß, wovon hier die Rede ist, der möge sich auf unserem Wahlplakat einen Eindruck von konventioneller Käfighaltung bei Legehennen machen. Ansonsten gilt: Ausbeutung fämngt auf dem Teller an!

### → Fahrradfreundlicheres Göttingen

Viele Studierende sind mit dem Fahrrad unterwegs. Und viele bekommen regelmäßig Ärger mit der Polizei, weil viele Einbahnstraßen mit dem Fahrrad nicht in beiden Richtungen zu benutzen sind. Es wäre also im studentischen Interesse, sich gegenüber der Stadt dafür einzusetzen, das mehr Einbahnstraßen mit dem Fahrrad in beide Richtungen benutzt werden dürfen.

### → Mehr vegetarische Angebote in den Mensen

Immer häufiger müssen VegetarierInnen auf Wahl-Essen ausweichen. Häufig gibt es zudem nur ein vegetarisches Menü im Angebot. Besonders in der Abend-Mensa ist die Auswahl meist mehr als kläglich. Das muss anders werden!

### → Für die eigenständige Vertretung der ausländischen Studierenden

und damit gegen die Mittelkürzungen beim ASR (Ausländischen Studierenden Rat) durch den AStA.

### → Für eine behindertenfreundliche Uni

Wir finden, dass Studierende mit körperlichen Behinderungen an der Universität immernoch nicht ausreichend bedacht werden und setzen uns ein für eine Interessengemeinschaft studentischer Rollifahrer.

### → Gender-Referat für den AStA

Im Gegensatz zu vielen anderen Unis gibt es im Göttinger AStA kein Referat, das sich mit geschlechtsspezifischen Fragen beschäftigt.

### → Bessere Kinderbetreuung an der Uni

Ob Studierende, Lehrende oder Verwaltungsangestellte, nach wie vor sind es hauptsächlich Frauen, die für die Kinderbetreuung zuständig sind. Um Menschen mit Kindern ein selbstbestimmtes Studieren und Arbeiten zu ermöglichen fordern wir den Ausbau der Betreuungsangebote.

### → Wickel- und Stillräume an der Uni ...auch Kinder müssen mal!

### → Gezielte Frauenförderungsmaßnahmen jenseits von Gender-Mainstreaming

Bei Gender-Mainstreaming handelt es sich um ein Konzept, das die Geschlechter-Sensibilisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen verbessern möchte. Grundsätzlich begrüßenswert orientiert es sich jedoch hauptsächlich an Verwertungskriterien und verharrt in traditionellen Vorstellungen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung. Für Frauenförderungsmaßnahmen, die diese Vorstellungen überwinden!

### → Einfluss der Frauenbeauftragten stärken

Die Frauenbeauftragten leisten wichtige Arbeit gegen Diskriminierung von Frauen, haben aber viel zu wenig Einfluss auf Entscheidungsprozesse an der Uni.

### → Konsequente Verfolgung sexistischer Übergriffe auf allen (Uni-)Ebenen

Sowohl verbale als auch körperliche Übergriffe – auch von Lehrenden – bleiben nach wie vor häufig ohne angemessene Konsequenzen. Das muss sich ändern!

### → Geschlechterhierarchien abschaffen

Immernoch wird das Berufs- und Alltagsleben von männlicher Dominanz geprägt. Diese Hierarchie im zweigeschlechtlichen System gilt es zu kritisieren. Darüber hinaus geht das darum, das binäre System als solches abzuschaffen.



WÄHLT LISTE 2  
Basisdemokratisches  
Bündnis

### Impressum

Basisdemokratisches Bündnis Nr. 3

Auflage: 7000 Stück

Kontakt: [basisdemokratischesbuenndnis@listi.jpberlin.de](mailto:basisdemokratischesbuenndnis@listi.jpberlin.de)

V.i.S.d.P. Alex Ryll